

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Rudolf Scharping MdL zu sozialen Transferleistungen und Löhnen / Eine Antwort auf Horst Peter: Von einer "Lohnabstandsfalle" kann keine Rede sein.

Seite 1

Dr. Elke Leonhard MdB zum 130. Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie: Synonym für das humanere Deutschland.

Seite 3

Hans-Günther Tostemeyer MdB zum 30. Jahrestag der OAU-Gründung: Das einigende Band Afrikas.

Seite 5

48. Jahrgang / 87

24. Mai 1993

Von einer "Lohnabstandsfalle" kann keine Rede sein Zu sozialen Transferleistungen und Löhnen / Eine Antwort auf Horst Peter

Von Rudolf Scharping MdL*
Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz

Horst Peter hat sich durchaus eines ernststen Problems angenommen, das ich während der schwierigen Verhandlungen um den Solidaripakt nie aus den Augen verloren habe: die Bedeutung der sozialen Transferleistungen im Hinblick darauf, daß große Teile der Arbeitnehmerschaft mit Tarifabschlüssen leben müssen, die vielfach die Steigerung an Lebenshaltungskosten nicht mehr auffangen. Dabei gab und gibt es für mich einen Grundsatz, an dem ich auf keinen Fall rütteln lasse: Die Einkommen aus sozialem Transfer sollen nicht höher sein als die Einkommen aus Arbeit.

Natürlich ist mit diesem Grundsatz noch längst nicht alles gesagt. Aber es genügt auch nicht, den damaligen BSHG-Sprecher der Bundestagsfraktion, Willy Könen, zu zitieren, der 1961 (!) völlig zu Recht gesagt hatte, seiner Auffassung nach sei es nicht Aufgabe eines Sozialhilfegesetzes, "Lohnfragen zu entscheiden". Das sei Sache der Gewerkschaften und ihrer Partner. Dies ist ebenso richtig wie dieser Satz von Willy Könen aus dem Jahre 1961: "Wenn es Löhne gibt, die niedriger sind als das, was in einem Gesetz als Regelbedarf angesehen wird, muß man sich schämen."

Willy Könen ist seit vielen Jahren nicht mehr unter uns. Er hat daher die Entwicklung der Löhne ebensowenig miterleben können wie die Explosion bei der Sozialhilfe nach Personen und finanziellem Umfang. Ich bin davon überzeugt: Willy Könen würde heute eine klare Verbindung zwischen Sozialhilfe und den Nettobezügen der Arbeitnehmer herstellen und sagen, daß Arbeit sich noch lohnen muß. Zu dieser Aussage stehe ich uneingeschränkt.

* Zu dem Beitrag des Bundestagsabgeordneten Horst Peter im Sozialdemokratischen Pressedienst vom 11. Mai ("Die Lohnabstandsfalle des Bundessozialhilfegesetzes / Zu einer vermeintlichen Erfolgsmeldung zum Solidaripakt") nimmt Ministerpräsident Scharping in diesem Beitrag Stellung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Unverständlich bleibt mir, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Sozialdemokratischen Pressedienst meint, mir diesen Satz ins Stammbuch schreiben zu sollen: "Nach den Nachverhandlungen zum Solidarpakt muß gesagt werden, daß der Verhandlungsführer der sozialdemokratisch geführten Länder, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping, entweder die für die Sozialhilfe gültige sozialdemokratische Kernaussage verlassen hat oder über den Tisch gezogen worden ist."

Alein die Art und Weise, wie hier Horst Peter agierte, wäre eines Kommentars wert. Ich verzichte darauf, weil mir ein Disput in der Sache vorrangig ist:

Über die Sozialhilfe ist bereits auf der Klausur von Bund, Ländern und Parteien im März gesprochen worden mit dem Ziel, daß der Anstieg der Sozialhilfe "abgeflacht" werden soll, nachdem er in den letzten Jahren - auch nach der Strukturreform - deutlich über dem Anstieg der Nettolöhne lag. Deshalb war das Thema Sozialhilfe bei den von Horst Peter zitierten "Nachverhandlungen" vom 23. April auch kein Verhandlungsgegenstand mehr. Der "Verhandlungsführer" hat sich deshalb weder geäußert noch "sich über den Tisch ziehen lassen".

Zu dem, was im Solidarpakt für den Bereich der sozialen Transferleistungen vereinbart beziehungsweise im Bundesrat am 16. April beschlossen wurde, darf ich feststellen:

Der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms sieht vor, die Steigerung des Regelsatzes für die nächsten Jahre wie folgt festzulegen: 1993/94 zwei Prozent, 1994/95 drei Prozent, 1995/96 drei Prozent.

Auf Antrag der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 16. April 1993 beschlossen: "Der Bundesrat stimmt einer Begrenzung der Erhöhung der Regelsätze zur Sozialhilfe grundsätzlich zu, um ein zu starkes Auseinanderlaufen des Anstieges von Sozialhilfe und Arbeitseinkommen zu vermeiden. Zugleich bekräftigt er die in Ziffer 7 Satz 1 der Ergebnisse der Klausurtagung beim Bundeskanzler mit den Regierungschefs der Länder sowie Partei- und Fraktionsvorsitzenden vom 11. bis 13. März 1993 u.a. enthaltene Ablehnung der Kürzung der Regelsätze der Sozialhilfe. Der Anstieg der Regelsätze soll sich stattdessen für eine Übergangszeit am objektiven Kriterium des Nettolohnanstieges der Arbeitnehmer orientieren. Durch diese Regelung erledigt sich die im Gesetzentwurf vorgesehene quartalsweise Festlegung der Regelsätze, und es wird eine im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene starre Vorfestlegung durch fixierte Steigerungssätze vermieden.

Die Bundesregierung lehnte in ihrer Gegenäußerung diese Forderung des Bundesrates mit der Begründung ab, sie führe nicht zu den gewünschten Ersparnissen. Ferner machte sie geltend, daß damit das gerade erst eingeführte neue Bedarfsbemessungssystem (Statistikmodell) verlassen werde (obwohl dies selbstverständlich auch für die von der Bundesregierung vorgeschlagene Begrenzung der Steigerungsraten gilt).

Bei der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Begrenzung der Steigerung ergibt sich zum Beispiel für Rheinland-Pfalz ein Eckregelsatz von 510 DM, der bei der beabsichtigten vierteljährlichen Erhöhung über Werte von 512, 514 und 517 DM erreicht wird. Legt man für das vom Bundesrat verlangte Berechnungsmodell die Nettolohnberechnung der Rentenversicherung zugrunde, so ergibt sich eine Erhöhung des Eckregelsatzes sogar um 4,45 Prozent, das heißt für Rheinland-Pfalz würde sich damit der Regelsatz auf 532 DM erhöhen.

In Paragraph 22 Absatz 3 Satz 2 Bundessozialhilfegesetz ist das sogenannte "Lohnabstandsgebot" formuliert. Damit soll sichergestellt werden, daß die Höhe der Sozialhilfe unter dem Nettolohn der niedrigen Lohngruppen liegt. Zu den von der Bundesregierung im Rahmen des FKP geplanten Änderungen hat der Bundesrat wiederum auf Antrag der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein beschlossen, im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Neudefinition des Abstandsgebotes (größere Haushaltsgemeinschaften mit vier oder mehr Personen) unter der von ihr zugesagten Einschaltung der kommunalen Spitzenverbände zu prüfen, insbesondere die Frage, inwieweit die Überschneidung von geringen Einkommen und Sozialhilfe in den alten Bundesländern tatsächlich von Bedeutung ist. Diese Ergebnisse sollten in aller Ruhe abgewartet und

nicht vorweggenommen werden. Vor allem darf dies kein Anlaß sein, politische Weggefährten anzugreifen, die sich um einen fairen Kompromiß bemühen.

(-/24. Mai 1993/rs/ks)

Synonym für das humanere Deutschland
Zum 130. Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie

Von Dr. Elke Leonhard MdB

Leipzig, 23. Mai 1993. Ferdinand Lassalle gründet mit zwölf Delegierten von Arbeitervereinen im "Pantheon" den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV), der sich bereits seit 1866 zuweilen als sozialdemokratische Partei Deutschlands bezeichnet. Das Wirken des ADAV-Gründers war kurz. Lassalle - eine der schillerndsten Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung, intelligent, voller Scharfsinn, mit herausragenden rhetorischen Fähigkeiten und organisatorischem Talent, aber ohne tiefe Empathie für Not, Elend und die schier hoffnungslose Lage der arbeitenden Klasse - starb, dramatisch und tragisch wie sein Leben, 1864 im Duell.

Vor großen Schwierigkeiten stand auch die Gründung der "Eisenacher Partei". Aus den ersten Tagen berichtete Wilhelm Liebknecht: "Wir waren vor die denkbar schwerste Probe gestellt, ehe die erforderliche Organisation geschaffen war. Die Arbeiter selbst waren noch in sich zerklüftet. Die Mehrheit, die dem Sozialismus gewonnen war, stand auf unserer Seite, allein die Organisation war ... bei weitem noch nicht so fest wie jetzt, und eine lassalleianische Minderheit, die durch Feuer, Eifer und Disziplin den Mangel an Zahl zu ersetzen suchte, bereitete uns Schwierigkeiten."

Angesichts dieser offenbaren Probleme mag es verwundern, daß sich die 1869 gegründete Eisenacher Partei und der ADAV schon 1875 in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigten: Die beiden sozialdemokratischen Parteien des Deutschen Reichs bündelten ihre Kräfte und konstituierten mit unermüdlicher, aufopfernder Arbeit erfolgreich eine Gegenkraft im Kaiserreich, die trotz Verbots durch das Sozialistengesetz (1878 bis 1890), Verhaftungen und Prozessen unaufhaltsam politischen Einfluß gewann. Das Gothaer Programm allerdings wurde von Karl Marx förmlich zerrissen; auf Wunsch des Parteivorstands erfolgte die Veröffentlichung der Marx'schen Kritik erst 1890, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes. Im gleichen Jahr gab sich die Partei in Halle auch offiziell jenen Namen, den sie bis zum heutigen Tage trägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Von Anfang an kämpfte die Sozialdemokratie unermüdlich gegen Ausbeutung, Knechtung und Unterdrückung, für Freiheit, Demokratie und Aufklärung. In der Zeit der Industrialisierung machte sie sich zum Anwalt der Erniedrigten und Entrechteten, vermittelte ihnen Bildung, psychische Stärke und Selbstbewußtsein und wurde damit peu a peu bis heute zum Synonym für das humanere, bessere Deutschland. Schon früh forderten Sozialdemokraten unter Einsatz ihrer Freiheit, was erst weit später verwirklicht wurde: Einen sozialen, freiheitlichen Rechtsstaat. Sozialdemokraten prägten nicht nur maßgeblich das Bewußtsein für Elend und Not jener letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und zeigten Wege zu ihrer Überwindung auf, sondern pflegten und vertieften auch internationale Beziehungen: So wäre der Aufbau der Internationale ohne die deutsche Sozialdemokratie ärmer gewesen.

Immer wieder zeigte die SPD in ihrer Geschichte zudem, daß sie zur Erneuerung fähig blieb - nicht auf Kosten ihrer Grundwerte, sondern um ihrer Stärkung willen: Die große innerparteiliche Diskussion der Jahrhundertwende - die untrennbar mit den Namen Eduard Bernsteins und Karl Kautskys verbundene Revisionismusdebatte - befreite die SPD von ideologischer Einengung. Ein Prozeß, der ein halbes Jahrhundert später seinen Niederschlag in einer zweiten bedeutenden Wende fand: Im Godesberger Programm der SPD, das endgültig jeden ideologischen Ballast über Bord warf und die Öffnung der Partei für breite Schichten der Bevölkerung ermöglichte. Gleichwohl aber kann nicht

übersehen werden, daß die Programmatik der Sozialdemokratie kaum je mit den tatsächlichen Gegebenheiten identisch war: Entweder war sie ihrer Zeit weit voraus, oder sie hinkte ihr hinterher. Viele der frühen Forderungen wurden mit Reformeifer verändert; revolutionär war die Partei - trotz mancher programmatischer Erklärungen - nie.

Entsolidarisierung und Aufgabe eigener Grundwerte um erwarteter kurzfristiger Erfolge willen führten innerhalb der SPD allerdings nicht selten zu Spaltung, Entkräftung, Handlungsunfähigkeit. So stimmte die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten im August 1914 geschlossen für die Bewilligung des ersten Kriegskredits der Reichsregierung - gegen breiten Widerstand innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, nicht zuletzt auch gegen frühere eigene Einsicht: Wenige Jahre zuvor, beim Stuttgarter Sozialistenkongreß des Jahres 1907, hatte August Bebel deutlich gemacht, daß jede kriegerische Auseinandersetzung unbedingt vermieden werden müsse. "Wir können", so Bebel auf die Frage, wie ein Kriegsschauplatz Europa zu verhindern sei, "nichts tun als aufklären, Licht in die Köpfe bringen und organisieren". Sieben Jahre später, am 4. August 1914, erklärte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hugo Haase vor dem Reichstag, für das deutsche Volk gelte es, die Gefahr, die mit einem Sieg des russischen Despotismus verbunden sei, abzuwehren, "die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich." Die trügerische Hoffnung, das Bild der Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen durch jenen Opportunismus endlich korrigieren zu können, führte nicht nur zur Abspaltung der USPD, sondern auch zu einem tiefgreifenden Zerwürfnis innerhalb der Sozialdemokratie, das Jahre später zwar scheinbar überdeckt werden konnte, tatsächlich aber die Sozialdemokratie in der Aufbauphase der Weimarer Republik entscheidend schwächte.

Als nicht weniger fatal sollte sich die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder in den letzten Jahren der Weimarer Republik erweisen, das am Parlament vorbeiregierende Kabinett Brüning faktisch zu unterstützen. Jene "Politik des kleineren Übels", mit der die Nationalsozialisten von der Regierung ferngehalten werden sollten, nahm der Partei jede Handlungsfähigkeit: Sie wurde, wie es Julius Braunthal treffend formulierte, "zur würgenden Schlinge, die der deutschen Sozialdemokratie schließlich den Atem nehmen sollte". Die faschistische Flut war gleichwohl nicht aufzuhalten: Der Parlamentarismus verlor zunehmend an Glaubwürdigkeit, der Reichstag - entmachtet und ohnmächtig - konnte den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht verhindern. Der sozialdemokratische Kampf gegen den Faschismus konnte die braune Flut nicht aufhalten.

In der Todesstunde der Weimarer Republik, jenem finstersten Abschnitt des deutschen Parlamentarismus, stimmte nur eine Fraktion geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers: Die Reichstagsfraktion der SPD. Sie tat dies trotz der Unzahl von SS- und SA-Schergen vor und in der Berliner Kroll-Oper; trotz bereits erfolgter Verhaftungen und massiver Drohungen; trotz der Gewißheit, die Standhaftigkeit des 23. März 1933 womöglich mit dem Verlust von Freiheit und Leben bezahlen zu müssen.

* * *

Hat die Partei in 130 Jahren ihres Bestehens Herausforderungen bestanden? Zweifellos. Demokratie, die erste deutsche Republik, Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts und Einführung des Frauenwahlrechts sind sozialdemokratische Errungenschaften. Regierungen, Parlamentarier und nicht zuletzt auch die Redaktionen von mehr als 300 sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften waren das Ergebnis zäher Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Dem großen charismatischen Führer August Bebel gelang es zudem, die von Anfang an bestehenden unterschiedlichen Richtungen der Partei zu integrieren, vor allem aber, Theorie und Praxis zu verbinden: Fähigkeiten, die auch Willy Brandt, Kämpfer gegen Faschismus und jede Form von Intoleranz, eigen waren. Brandt wurde zum größten Außenpolitiker der Republik - das Aussöhnungswerk des großen Sozialdemokraten bleibt der Welt unvergessen. Jene gegen die Widerstände anderer Kräfte durchgesetzte Ostpolitik legte den Grundstein globalpolitischer Veränderungen, die zu Abrüstung, Abbau gegenseitiger Bedrohung, letztlich zur Überwindung menschenverachtender Diktaturen führten. Summa summarum: Sozial- und Außenpolitik waren einst Primate sozialdemokratischer Politik, prägten die Außen- und Innenwir-

kung der Partei. Es darf nicht verschwiegen werden, daß diese einstigen Stärken in den letzten Jahren irgendwo auf der Strecke geblieben zu sein scheinen.

130 Jahre SPD - annähernd ein Viertel Jahrhundert wurde von August Bebel, ein weiteres von Willy Brandt geprägt. Wer erinnert sich an die übrigen Vorsitzenden? Es wäre ungerecht, sie zu vergessen. Was wäre die Partei ohne Otto Wels, der sich am Tag der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes mit der Giftampulle in der Tasche mutig, mit größter Zivilcourage der Legalisierung der faschistischen Diktatur widersetzte? Was wäre die Partei ohne Kurt Schumacher, der die deutsche Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg aufbaute und mit Selbstbewußtsein sowohl gegen den Kommunismus als auch gegen einseitige westliche Vereinnahmung abgrenzte?

23. Mai 1993. 130 Jahre Sozialdemokratie. Das Gespenst vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts geht umher. Zu Recht? Vielleicht. Viele der ursprünglich sozialdemokratischen Ziele sind erreicht, soziale Gleichstellung und internationale Aussöhnung bedeutend vorangekommen. Aber auch dies ist Realität: In einer Zeit wiederaufkeimenden Nationalismus', Regionalismus' und Provinzialismus', aber auch nazistischer Zerstörung sozialer Beziehungen, wachsender Anonymität, Demotivation und bürokratischer Lähmung der aktiven Rolle der Menschen brauchen wir eine Belebung der sozialen Gleichstellung und der internationalen Aussöhnung. Kurz: Wir brauchen eine neue sozialdemokratische Identität als Grundstein und Start eines neuen sozialdemokratischen Jahrhunderts.

Grund genug, sich der eigenen Stärken und Grundwerte zu besinnen und sich diese transparent zu machen. Der Wille zur Macht und damit die Chance zur Verwirklichung humaner Ziele, die in den vergangenen zehn Jahren oft leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurden, müssen zurückgewonnen werden.

(-/24. Mai 1993/rs/ks)

Das einigende Band Afrikas **Zum 30. Jahrestag der OAU-Gründung**

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB

Am 25. Mai 1993 wird die "Organisation für Afrikanische Einheit", nach ihrer englischen Bezeichnung kurz OAU (Organization for Africa Unity) genannt, 30 Jahre alt. Grund für einen kurzen Rückblick:

Im Mai 1963 wurde die OAU auf Betreiben des damaligen äthiopischen Kaisers Haile Selassie in Addis Abeba gegründet. Zu ihren Mitgliedern zählten zunächst 30 unabhängige Staaten Afrikas. Nach dem Beitritt Namibias im Jahr 1990 ist ihre Zahl auf mittlerweile 51 angewachsen. Die OAU ist damit der größte regionale Staatenbund der Welt. Kein anderer kontinentaler Staatenbund vereinigt unter seinem Dach eine derartige Vielfalt unterschiedlicher Völker, Sprachen und Kulturen.

In ihrer Frühphase widmete sich die OAU ausschließlich der Bekämpfung von Kolonialismus und Rassismus. Noch 20 Staaten Afrikas wurden Anfang der 60er Jahre von europäischen Ländern oder weißen Minderheiten regiert. Die Rolle der OAU beschränkte sich dabei nicht nur auf die Unterstützung der Freiheitsbewegungen. Sehr erfolgreich gelang es ihr darüber hinaus, einen Großteil der Weltöffentlichkeit gegen die weißen Regime zu mobilisieren.

Mit dem verstärkten Ausbruch innerafrikanischer Kriege in den 70er Jahren wandte sich die Organisation auch dem Konfliktmanagement in oder zwischen afrikanischen Staaten zu. Doch gerade auf

diesem Gebiet offenbarte sich sehr bald die aufgrund unterschiedlicher politischer Interessen hervorgerufene große Zerstrittenheit innerhalb der OAU. Die durch Grenzkriege und historisch-ethnisch bedingte Gebietskonflikte hervorgerufene innere Spaltung führte die Organisation in eine Sackgasse der Handlungsunfähigkeit. An der Tschad- und der Westsahara-Frage wäre sie sogar beinahe zerbrochen.

Erst Anfang der 80er Jahre nahm sich die OAU der ökonomischen Integration Afrikas an. Dabei standen und stehen ihr nach wie vor eine Unzahl struktureller Hindernisse im Wege. Obwohl immer wieder Aktionspläne verabschiedet wurden, um den katastrophalen wirtschaftlichen Niedergang des Kontinents zu stoppen, hat die OAU faktisch wenig erreicht. Der Anteil des innerafrikanischen Handels am gesamten Außenhandel Afrikas stagniert beharrlich unter der Fünf-Prozent-Marke. Dies ist umso bedauerlicher, als die Zersplitterung Afrikas in zum Teil ressourcenarme Kleinstaaten, zerschnittene Wirtschaftsräume und fragmentierte Märkte eine Integration geradezu als entwicklungspolitisch zwingend notwendig erscheinen läßt.

Das erfolgreichste Aufgabenfeld der OAU war und ist die Außenpolitik. Auf afrikanischer Bühne oft zerstritten, zeigte sie hier eine erstaunliche Solidarität. Dank ihrer zahlenmäßigen Stärke in der UN-Vollversammlung oder innerhalb der Organisation der blockfreien Staaten brachte sie spezifisch afrikanische Probleme konsequent zur Sprache. So entstanden Foren mit bedeutender Öffentlichkeit. Auf Initiative der OAU finden heute im Vorfeld praktisch aller bedeutenden internationalen Konferenzen afrikanische Vorkonferenzen zur Abstimmung und Koordination statt.

Der Erfolg der OAU auf außenpolitischer Ebene kann die Zerstrittenheit in den eigenen Reihen allerdings nicht verdecken. Zu Recht haben Kritiker im Verlauf des 30jährigen Bestehens der OAU wiederholt Zweifel an ihrer Integrationsfähigkeit geäußert. Als Ursache innerer Streitigkeiten erwies sich immer wieder die Frage, welche Eingriffsmöglichkeiten die Organisation im Falle von Menschenrechtsverletzungen durch eigene Mitgliedsstaaten hat. Die 1986 als Antwort auf Regime wie die Bokassas oder Idi Amins geschaffene "Afrikanische Charta der Menschen- und Völkerrechte" bietet dafür jedenfalls keine Handhabe. Der zukünftige Erfolg der OAU wird deshalb entscheidend davon abhängen, ob es ihr gelingt, ein allgemein anerkanntes Instrumentarium gegen Menschenrechtsverletzungen zu entwickeln und so aus der Sackgasse der selbstverschuldeten Handlungsunfähigkeit herauszukommen.

Von ebenso großer Bedeutung für die Zukunft wird sein, ob die OAU ihr altes Grunddogma, wonach sich alle Mitglieder zur Aufrechterhaltung der von den Kolonialmächten gezogenen künstlichen Grenzen verpflichten, fallen läßt. Ob dieser Grundsatz wirklich zum Wohle des afrikanischen Kontinents ist, darf angesichts der im Verlauf der letzten Jahre gemachten Erfahrungen bezweifelt werden. Erst ein Abrücken von diesem Grundsatz eröffnete beispielsweise in Eritrea den Weg zu einer friedlichen Lösung.

Trotz aller Kritik an ihrer Funktionsweise kann die große Bedeutung der OAU für Afrika nicht genug betont werden. Als Institution gewordene Idee der afrikanischen Einheit ist sie heute in organisatorischer Hinsicht das wichtigste einigende Band Afrikas.

(-/24. Mai 1993/rs/ks)
